

Antrag

der Abgeordneten Katrin Göring-Eckardt, Monika Lazar, Priska Hinz (Herborn), Grietje Bettin, Ekin Deligöz, Kai Gehring, Britta Haßelmann, Krista Sager, Volker Beck (Köln), Jerzy Montag, Irmingard Schewe-Gerigk, Silke Stokar von Neuforn, Hans-Christian Ströbele, Wolfgang Wieland, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Systematische Weiterentwicklung der politischen Bildung beim Thema Nationalsozialismus

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In naher Zukunft werden kaum mehr Überlebende und Zeitzeugen des Nationalsozialismus unter uns sein. Dies bedeutet einen Epochenwechsel in der Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Massenverbrechen. Um den „Stafelstab der Erinnerung“ (Paul Spiegel) nach dem Verschwinden der Erfahrungsgeneration und nach dem Übergang vom kommunikativen zum kulturellen Erinnern an kommende Generation weiterzugeben, ist eine Bildungsoffensive entscheidend. Untersuchungen zeigen, dass unter Jugendlichen ein eklatantes Unwissen über den Nationalsozialismus herrscht, selbst dort, wo er offiziell die am intensivsten unterrichtete Phase der deutschen Geschichte ist. Dies stellt eine Herausforderung für die Kultur- und Bildungspolitik dar. Die bisherigen schulischen Lehrpläne und außerschulischen Bildungsangebote müssen daraufhin überprüft werden, ob sie Wissen über den Nationalsozialismus lebendig und nachhaltig vermitteln können. Das setzt eine grundsätzliche Diskussion über neue Lernziele ebenso voraus wie die Förderung der biographischen Arbeit zu Tätern und Opfern, die systematische Erschließung und Nutzung von Archiven, die Verankerung der lokalen und regionalen Spurensuche im Unterricht sowie die verstärkte Aufklärungsarbeit an Jugendeinrichtungen, Gedenkstätten, Zentren der politischen Bildung usw.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die KZ-Gedenkstätten systematisch als Lernorte zu fördern und zu gestalten, damit diese dauerhaft mit Schulen kooperieren können;
2. an den KZ-Gedenkstätten in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und den Landeszentralen für politische Bildung Unterrichtsmaterial für Schulen zu erstellen und in Kooperation von Gedenkstätten sowie Bundes- und Landeszentralen verstärkt Lehrerfortbildungen anzubieten;
3. auf die Kultusministerkonferenz dahingehend einzuwirken, dass die Lehrpläne der Schulen regelmäßig hinsichtlich der Vermittlung der Geschichte des Nationalsozialismus evaluiert und entsprechend weiterentwickelt werden;

4. auf die Kultusministerkonferenz dahingehend einzuwirken, dass das Thema der Aufarbeitung des Nationalsozialismus stärker als bisher in Lehreraus- und -fortbildung verankert wird;
5. Forschungseinrichtungen zu unterstützen, die sich der Geschichte und Wirkung des Holocaust widmen, wie z. B. das Fritz Bauer Institut in Frankfurt am Main.

Berlin, den 20. Februar 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion